

Aktuelle HWWI-Konjunkturprognose

Politische Unsicherheiten belasten Konjunktur

- **Abschwächung des Wachstums im Jahr 2019 auf rund 1 Prozent.**
- **Fortsetzung eines gemäßigten Konjunkturanstiegs ist möglich, wenn die Politik ihre Hausaufgaben macht.**

(Hamburg) Das Hamburgische WeltWirtschaftsinstitut (HWWI) hat seine Prognose der Wirtschaftsentwicklung in Deutschland für 2019/2020 überarbeitet. Trotz rezessiver zweiter Jahreshälfte betrug das Wirtschaftswachstum für 2018 noch 1,4 Prozent. Für 2019 erwartet das HWWI nunmehr ein Wachstum von knapp 1 Prozent und für 2020 – auch dank von mehr Arbeitstagen – von 1,7 Prozent. Die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt würde sich damit zwar verlangsamen, aber im Grundsatz fortsetzen. Die hohe Auslastung der personellen Kapazitäten stellt bereits heute einen wesentlichen limitierenden Faktor für das Wachstum dar. Der Anstieg der Verbraucherpreise, der zeitweilig die 2-Prozent-Marke überschritten hatte, ist mittlerweile wieder deutlich darunter gefallen – teils wegen des Ölpreistrückgangs, teils durch die Revision des Verbraucherpreisindex, die das aktuellere Konsumentenverhalten berücksichtigt.

Eckdaten für Deutschland (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)					
	2016	2017	2018	2019	2020
Bruttoinlandsprodukt ¹	2,2	2,2	1,4	0,9	1,7
Private Konsumausgaben	2,1	1,8	1,0	0,8	1,4
Konsumausgaben des Staates	4,0	1,6	1,0	1,2	1,2
Anlageinvestitionen	3,5	2,9	2,6	2,9	2,9
Ausrüstungen	2,2	3,7	4,2	3,0	4,0
Bauten	3,8	2,9	2,4	3,3	2,3
Sonstige Anlagen	5,2	1,3	0,4	1,8	2,0
Inlandsnachfrage	3,0	2,0	1,9	0,9	1,4
Ausfuhr	2,3	4,6	2,0	3,7	4,9
Einfuhr	4,1	4,8	3,3	4,1	4,7
Arbeitsmarkt					
Erwerbstätige (Inland)	1,3	1,4	1,3	0,7	0,3
Arbeitslose (Mill. Pers.)	2,69	2,53	2,34	2,22	2,16
Arbeitslosenquote ² (in %)	5,8	5,4	5,0	4,7	4,6
Verbraucherpreise	0,5	1,5	1,8	1,7	2,0
Finanzierungssaldo des Staates (in % des BIP)	0,9	1,0	1,7	1,4	1,2
Leistungsbilanzsaldo ³ (in % des BIP)	8,5	7,9	7,3	7,2	7,1
<small>1 Preisbereinigt. 2 Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept). 3 In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik. Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; Bundesagentur für Arbeit; 2019 und 2020: Prognose des HWWI.</small>					

Im Detail

Die Konjunktur in Deutschland, die sich bis Sommer letzten Jahres in einem lang andauernden Aufschwung befand, ist danach ins Stocken geraten; in der zweiten Jahreshälfte ist das reale Bruttoinlandsprodukt, teils wegen Sondereffekten (infolge von durch Änderungen der Abgas-Prüfstandards in der Autoindustrie verursachten Produktionskürzungen und Zulassungstaus) sogar gesunken. Während die Binnennachfrage aber noch zunahm, war der außenwirtschaftliche Gesamtimpuls negativ. Zur Verschlechterung des Konjunkturklimas haben nicht zuletzt politische Verunsicherungen, wie die von den USA ausgehenden Handelsstreitigkeiten, die Brexit-Querelen oder der Haushaltsstreit zwischen Italien und der EU beigetragen. Die Beschäftigung hat gleichwohl weiter zugenommen; die Zahl der Arbeitslosen ist weiter gesunken. Die Verbraucherpreise haben in den vergangenen Monaten relativ stark geschwankt. Mit wieder gesunkenen Ölpreisen sank die Inflationsrate zu Beginn dieses Jahres wieder deutlich unter 2 Prozent. Aber auch die Revision des Verbraucherpreisindex – regelmäßige Anpassung der Wägungsschemata an verändertes Käuferverhalten – hat die Inflationsrate etwas gedämpft.

Die weiteren Konjunkturperspektiven werden durch recht divergierende, zum Teil sich überlagernde Einflüsse bestimmt; das sorgt für eine gewisse Unsicherheit. Die politischen Risiken gewinnen vor dem Hintergrund einer sich weltweit abkühlenden Konjunktur an Einfluss auf Investitions- und Konsumentscheidungen. Die binnenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind für sich gesehen jedoch weiter relativ günstig. Geld- und Finanzpolitik sind neutral bis expansiv ausgerichtet und der Preis- und Lohnanstieg sind moderat. Bei weiter zunehmender Beschäftigung steigt so die Kaufkraft und damit auch die Binnennachfrage. Hinzu kommt, dass sich die Lage in der Autoindustrie, die in der zweiten Jahreshälfte vergangenen Jahres teilweise durch Produktionsausfälle betroffen war, wieder „normalisieren“ dürfte, was für sich gesehen erst mal produktionserhöhend wirkt.

Belastend für die deutsche Wirtschaft wirken allerdings verschiedene Einflüsse von außen. Der Brexit rückt immer näher – formaler Stichtag ist der 29. März – und eine Austrittsregelung ist bislang nicht zustande gekommen. Ein ungeregelter Ausstieg Großbritanniens hätte direkte, aber auch indirekte dämpfende Wirkungen auf den zwischenstaatlichen Handel und die davon betroffenen Wirtschaftszweige. Die weiter drohende Möglichkeit von US-Strafzöllen nicht zuletzt für deutsche PKW-Importe würde die deutsche Autoindustrie erheblich treffen. Und über die unmittelbaren Auswirkungen

dieser externen Belastungen hinaus würden in der Folge auch die Binnen- nachfrage, insbesondere Investitionen und privater Konsum, beeinträchtigt.

Konjunkturelle Vorausschätzungen sind immer bedingte Prognosen. Unter der Bedingung, dass es zu einem geordneten Ausstieg Großbritanniens aus der EU oder einer weiteren Aufschiebung kommt, die US-Importzölle, insbesondere gegen die deutsche Autoindustrie, abgewendet werden können, sowie die EU-internen Probleme begrenzt werden können, werden weiterhin die positiven binnenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen die weitere Wirtschaftsentwicklung dominieren.

Der bis Jahresmitte 2018 zu verzeichnende Aufschwung könnte sich dann in moderatem Tempo fortsetzen. Ein Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts im Laufe dieses Jahres entsprechend des Potentialpfades von 1 ½ Prozent wäre unter diesen Bedingungen möglich. Im Jahresdurchschnitt 2019 würde die deutsche Wirtschaft dann um knapp 1 Prozent wachsen. Der Arbeitsmarkt würde sich weiter leicht verbessern. Die jahresdurchschnittliche Teuerungsrate wird, nachdem sich die Entwicklung der Ölpreise wieder beruhigt hat, etwa 1 3/4 Prozent betragen. Für die Konjunkturperspektiven für das Jahr 2020 gilt unter den vorgenannten Bedingungen ähnliches wie für 2019. Ohne neue Belastungen könnte sich dann der Konjunkturanstieg in gemäßigttem Tempo fortsetzen. Die deutsche Wirtschaft würde dann kalenderbereinigt erneut um annähernd 1 1/2 Prozent (unbereinigt, wegen mehr Arbeitstagen, sogar um 1,7 Prozent) wachsen. Die Arbeitsmarktsituation würde sich kontinuierlich leicht verbessern. Die Inflationsrate der Verbraucherpreise könnte sich auf 2 Prozent zubewegen.

Im Falle, dass die vorgenannten politischen Risiken, speziell Brexit und US-Strafzölle, virulent werden, würden sich die konjunkturellen Perspektiven merklich eintrüben. Dies gilt umso mehr, wenn diese Risiken in summa virulent würden. Von deren Auswirkungen wäre die Entwicklung im Jahr 2019 dann teilweise betroffen, das Jahr 2020 aber von den direkten und indirekten Auswirkungen umso heftiger. Eine Beeinträchtigung der Exporte würde zu vorsichtigeren Dispositionen bei Unternehmensinvestitionen und Beschäftigung und damit auch zu einem geringeren Anstieg der Einkommen und des privaten Konsums und anderer Ausgaben führen. Wie stark die Dämpfung der Konjunkturdynamik ausfiele, hinge von der jeweiligen Konstellation der Ereignisse ab. Im ungünstigsten Fall – ungeordneter Brexit und US-Strafzölle auf europäische Autos – wäre zudem mit zusätzlicher abwartender Zurückhaltung der Unternehmen in ihren Dispositionen zu rechnen, die die unmittelbaren Effekte zunächst noch verstärken würden. Eine rezessive Entwicklung wäre dann nicht auszuschließen.



Eine mögliche Eintrübung der globalen Konjunktur träge auf eine geld- und fiskalpolitische ungünstige Konstellation. Die Spielräume für eine noch expansivere und stärker koordinierte Politik sind sehr begrenzt. Dieser Umstand stellt einen weiteren Risikofaktor in diesem und im nächsten Jahr dar.

(6.762 Zeichen)

Ansprechpartner:

**Prof. Dr. Henning Vöpel
Jörg Hinze**

Hamburgisches Weltwirtschaftsinstitut
Oberhafenstraße 1 | 20097 Hamburg
Tel.: 040 340576-0
E-Mail: voepel@hwwi.org
E-Mail: hinze@hwwi.org

Pressekontakt:

Elzbieta Hagemann

Hamburgisches Weltwirtschaftsinstitut
Oberhafenstraße 1 | 20097 Hamburg
Tel.: 040 340576-100
E-Mail: hagemann@hwwi.org
Internet: www.hwwi.org

Das Hamburgische WeltWirtschaftsinstitut (HWWI) ist eine unabhängige wirtschaftswissenschaftliche Forschungseinrichtung, die Grundlagen- und angewandte Forschung betreibt. Das Institut analysiert ökonomische Entwicklungen und forscht zu zukunftsorientierten Lösungsansätzen. Es versteht sich als wissenschaftlicher Impulsgeber für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Das HWWI wird getragen von der Handelskammer Hamburg. Universitärer wissenschaftlicher Partner des HWWI ist die Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg.